

## NECKARSCHLEUSEN

## Minister sprechen über Schleusenstreit

Sie sprechen miteinander: Der Streit um den Ausbau des Neckarkanals eskaliert immer weiter. Jetzt wurde bekannt, dass der Landesminister Winfried Hermann und der Bundesminister Volker Wissing sich noch in diesem Monat treffen wollen, um über den Neckar zu sprechen. Denn inzwischen hat die Lokalpolitik entlang des Neckars sich gegen Bundesminister Wissing in Stellung gebracht. Darunter auch der Ludwigsburger Landrat Dietmar Allgaier.

## KREIS LUDWIGSBURG

VON ANDREAS FEILHAUER

Es ist eigentlich ein Gemeinschaftsprojekt: Bund und Land wollen die Bundeswasserstraße Neckar zukunftsfähig machen. Dazu haben sich die beiden Partner vor über zehn Jahren zusammengesetzt, um das Großprojekt zu stemmen. Doch in dieser Zeit ist wenig passiert. Es gibt kein Konzept, und der damit verbundene Ausbau der 27 Schleusen von Mannheim bis Plochingen auf 135 Meter Länge ist noch nicht einmal begonnen.

Da liegt der Landkreis vollkommen im Trend. Auch hier wurden die Schleusen lediglich saniert oder die Tore dafür ausgetauscht, wenn mal ein Schiff dagegen gefahren ist. Auch am Kanal selbst fand nur in wenigen Fällen eine Sanierung statt. Das beklagte der baden-württembergische Verkehrsminister vor über einer Woche. Gleichzeitig meldete sich sein Kollege Volker Wissing aus Berlin und schränkte den Neckarausbau erst einmal ein. Nur noch die Sanierung des Kanals und der Wehre sollten vorangetrieben werden. Das sorgte für Verärgerung entlang des Neckars.

Es meldeten sich die beiden CDU-Bundestagsabgeordneten aus dem Landkreis, Steffen Bilger und Fabian Gramling, zu Wort. Es gehe dabei nicht nur um die Instandsetzung der Schleusen, sondern auch um deren Erweiterung. „Der Ausbau des Neckars muss vom Bundesverkehrsministerium mit Nachdruck verfolgt werden. Es geht dabei nicht nur um die Instandsetzung der Schleusen, sondern auch um deren Ausbau. Nur so wird die Bundeswasserstraße Neckar attraktiver für den Güterverkehr, nur so kann dauerhaft eine Entlastung der Straßen in der Region und damit auch ein Beitrag zum Klimaschutz realisiert werden“, schreiben Steffen Bilger und Fabian Gramling an den FDP-Verkehrsminister in Berlin. Bilger war selbst von 2018 bis 2021 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr.

Das Land habe seit Jahren für den Ausbau des Neckars gekämpft. „Ein Abweichen von den geplanten Ausbauzielen,



Zu kurz und sanierungsbedürftig: Ein heftiger Streit ist über die Verlängerung der Neckarschleusen entbrannt.

Archivbild: Oliver Bürkle

obwohl mit dem Land Baden-Württemberg der Ausbau der Schleusen vereinbart wurde, enttäuscht sehr“, heißt es in einem Schreiben der beiden Abgeordneten. So könne man mit Partnern nicht umgehen.

Auch die Politik entlang des Neckars ist inzwischen aktiv geworden. Landräte, Kommunen und Wirtschaftsverbände kritisieren, dass „jüngste Äußerungen aus dem Bundesverkehrsministerium uns

„Es geht dabei nicht nur um die Instandsetzung der Schleusen, sondern auch um deren Ausbau.“

**Steffen Bilger und Fabian Gramling**  
CDU-Bundestagsabgeordnete

bestürzt und befremdet haben, weil darin Signale ausgesendet wurden, dass der Ausbau der Schleusen offenbar, auf unbestimmte Zeit, verschoben wird. Dass nun zunächst eine Sanierung der 27 Neckarschleusen alleinige Priorität haben soll, widerspricht in unseren Augen eindeutig den Zielen der damaligen Vereinbarung.“ Bei den Unterzeichnern ist auch der Ludwigsburger Landrat Dietmar Allgaier mit dabei. Es sei immer Ziel der bisherigen Planung gewesen, die notwendigen Sanierungen mit dem Ausbau der Neckarschleusen zu verknüpfen. Dass das jetzige Bundesverkehrsministerium

nun deutlich davon abrückt, wolle man nicht akzeptieren.

Lediglich FDP-Parlamentarier sind dem Bundesverkehrsminister bisher zur Seite gesprungen. Einige Bundestagsabgeordnete verteidigen das Vorgehen in Berlin, als einzig vernünftige Möglichkeit den Neckar vorerst für die modernen Anforderungen auszurüsten – erst der Ausbau des Kanals, dann eine Verlängerung der Schleusen. Dies sei auch finanziell darstellbar. Dafür gab es harsche Kritik von den Befürwortern des kompletten Ausbaus auf einen Rutsch.

Jetzt hat sich auch die FDP-Fraktion im Stuttgarter Regionalparlament zu Wort gemeldet. Sie will, dass die wirtschaftlichen Eckdaten des Betriebs und der Stand des Ausbaus der Bundeswasserstraße Neckar betrachtet werden. Die Freidemokraten wollen wissen, wie die „aktuelle Auslastung der Bundeswasserstraße Neckar nach Gütern und Mengen“ aussieht und wie der bauliche Zustand und der Grad der Betriebssicherheit im jetzigen Zustand des Neckars sich darstellt. Grundlage des Berichtes solle dabei der Neckar auf einer Länge von 203 Kilometern von Plochingen bis zur Mündung in den Rhein sein. „Betrachtet werden sollen alle Punkte, die zum ordnungsgemäßen Betrieb einer Wasserstraße gehören“, so der Fraktionsvorsitzende Kai Buschmann aus Remseck.

Im Stuttgarter Verkehrsministerium scheint man mit dem Verlauf der Diskussion zufrieden, denn der Druck auf Verkehrsminister Volker Wissing wächst. „Man muss sich bei der Sache auch mal ehrlich machen. Wenn man in Berlin das Projekt begraben will, soll man das auch

so sagen. Man darf den Leuten keinen Sand in die Augen streuen“, sagt Pressesprecher Edgar Neumann. Sein Dienstherr, Landverkehrsminister Winfried Hermann, werde sich weiter für das Projekt des Neckar- und Schleusenausbaus einsetzen.

## KOMMENTAR

## Bisher kein Ergebnis

Manchmal fragt man sich schon, was in solchen übergeordneten Arbeitsgruppen getrieben wird. Seit mehr als zehn Jahren sitzen das Land und der Bund zusammen und denken über die Zukunft des Neckars nach. Greifbares ist bisher nicht herausgekommen. Mit dem Ausbau der Schleusenammern auf 135 Meter Länge ist noch nirgends begonnen worden. Da stellt sich die Frage: Warum wird das Landesverkehrsministerium jetzt erst aktiv und schreibt einen geharnischten Brief nach Berlin?

Doch eigentlich ist das Bundesverkehrsministerium für die Bundeswasserstraße zuständig. Und dort duckt man sich zurzeit ganz einfach weg. Man benötigt eine neue Bewertung des Ausbaus, daher sollen vorerst nur der Kanal und die Wehranlagen saniert werden, heißt es in Berlin. Na, vielen Dank für nichts. Man kann der FDP zwar nicht vorwerfen, dass



**ANDREAS FEILHAUER**  
andreas.feilhauer@lkz.de

in den vergangenen Jahrzehnten die Schifffahrt bei den Ministern CDU und CSU keinen Stellenwert hatte. Doch dann sollte die FDP wenigstens hinstehen, die Schuldigen benennen und ein neues Zeit- und Finanzierungskonzept vorlegen. Noch peinlicher ist die Regionalfraktion der FDP. Sie will Informationen, die schon seit 15 Jahren bekannt sind. Dass lediglich zwei Lagen Container in ein Neckarschiff passen, ist wahrlich nichts Neues. Auch, dass es schwierig wird, um die vielen Flussbiegungen herumzukommen. Das ist Augenschwermerei. Es sieht ganz so aus, als wollten die Freidemokraten auch nicht ran an das Thema.

## EINST &amp; JETZT

## STEINHEIM

## Dominikanerinnen-Kloster

Das Kloster hat über 300 Jahre - von 1255 bis 1580 - eine wichtige Rolle in der Geschichte Steinheims gespielt. 1269 erwarb Elisabeth von Blankenstein, die Letzte aus dem Geschlecht der von Steinheim, gegen die Überlassung der Hälfte ihrer Güter an die Lehensherren die andere Hälfte zu freiem Eigentum und schenkte diese dem um 1250 von ihr und ihrem zweiten Gemahl, Berthold von Blankenstein, gegründeten Dominikanerinnenkloster Mariental in Steinheim. 1553 wurde das Kloster von Württemberg aufgehoben. Die Klosteranlage ging 1643 bis auf Reste durch Feuer zugrunde. In den achtziger Jahren wurde das Kloster eines der ersten Sanierungsprojekte der Stadt. (ad)

Fotos: Archiv/Alfred Drossel



**INFO:** Immer mittwochs zeigen wir Bilder von „Einst & Jetzt“. Wir freuen uns auf Ihre historischen Ortsfotos. Senden Sie diese an [einstundjetzt@lkz.de](mailto:einstundjetzt@lkz.de) oder Ludwigsburger Kreiszeitung, Kreisredaktion, Postfach 1040, 71610 Ludwigsburg